

## Beschlussempfehlung und Bericht

### des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (18 Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Dr. h. c. Thomas Sattelberger, Katja Suding, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

– Drucksache 19/23104 –

### Deutsch-schweizerischen Bildungs- und Forschungsaustausch stärken

#### A. Problem

Zwischen Deutschland und der Schweiz gibt es eine Vielzahl grenzüberschreitender Kooperationen. Allerdings steht der Bildungs- und Wissenschaftsaustausch vor besonderen Herausforderungen. So hat der Schüleraustausch zwischen beiden Ländern einen nur geringen Umfang. Im Jahr 2019 nahmen 46 deutsche und 77 Schweizer Schüler an einem Austausch in das Nachbarland teil. Da die Schweiz zudem kein Programmland in Erasmus+ ist, kann der Austausch von Studierenden und Auszubildenden nicht aus EU-Geldern finanziert werden. Durch den Europäischen Forschungsraum haben deutsche Forschungseinrichtungen zwar einen direkten Zugang zu Kooperationspartnern in der Schweiz, aber dennoch ist diese Kooperation ausbaufähig.

#### B. Lösung

Mit dem Schweizer Bundesrat sollen Gespräche zur Schaffung eines deutsch-schweizerischen Jugendwerks aufgenommen werden, um den binationalen Jugendaustausch zu intensivieren. Außerdem soll angestrebt werden, die Schweiz wieder als Programmland in das Folgeprogramm von Erasmus+ aufzunehmen. Die Schweiz soll zudem als voll assoziiertes Land auch am 9. Forschungsrahmenprogramm „Horizon Europe“ beteiligt bleiben.

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen der AfD und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.**

#### C. Alternativen

Annahme des Antrags.

#### D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

**Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 19/23104 abzulehnen.

Berlin, den 3. März 2021

**Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung**

**Dr. Ernst Dieter Rossmann**  
Vorsitzender

**Katrin Staffler**  
Berichterstatterin

**Dr. Karamba Diaby**  
Berichterstatter

**Norbert Kleinwächter**  
Berichterstatter

**Dr. Jens Brandenburg (Rhein-  
Neckar)**  
Berichterstatter

**Dr. Birke Bull-Bischoff**  
Berichterstatterin

**Kai Gehring**  
Berichterstatter

## **Bericht der Abgeordneten Katrin Staffler, Dr. Karamba Diaby, Norbert Kleinwächter, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Dr. Birke Bull-Bischoff und Kai Gehring**

### **I. Überweisung**

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 19/23104** in seiner 183. Sitzung am 8. Oktober 2020 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

### **II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage**

Die Fraktion der FDP weist auf die große Bedeutung der Beziehungen zwischen Deutschland und der Schweiz hin und erinnert daran, dass die grenzüberschreitende Kooperation in Bildungs- und Forschungsfragen vor allem für den südlichen Teil Baden-Württembergs von großer Bedeutung ist. Die Hochschulverbände Eucor und die Internationale Bodensee-Hochschule zeigen große Erfolge. Das weltweit nahezu einzigartige System der dualen Berufsausbildung zeichnet beide Staaten aus. Anders als die anderen Nachbarländer Deutschlands ist die Schweiz jedoch kein Mitglied der Europäischen Union. Das stellt den Bildungs- und Wissenschaftsaustausch vor besondere Herausforderungen. Der eigene Blick über den nationalen Tellerrand hinaus ist das beste Rezept gegen Vorurteile und nationale Rückzugsgefechte. Mit exzellenten Bildungs- und Forschungsorganisationen im Herzen Europas ist die Schweiz ein wichtiger Partner für einen weltoffenen Austausch. Diesen Austausch gilt es zu stärken.

Ein Schulbesuch im Ausland ist für viele Jugendliche eine hervorragende Möglichkeit, Fremdsprachenkenntnisse zu stärken, andere Kulturen kennenzulernen und sich persönlich weiterzuentwickeln. Persönliche Erfahrungen im Ausland prägen oft ein Leben lang. Trotz der geografischen Nähe und vergleichbarer Bildungssysteme wird die Schweiz von deutschen Schülerinnen und Schülern bisher nur selten als Zielland für einen Schüleraustausch gewählt. Über die nationale Agentur der Schweiz zur Förderung von Austausch und Mobilität im Bildungssystem, Movetia, nahmen im Jahr 2019 nur 46 deutsche und 77 Schweizer Schüler an einem Austausch in das Nachbarland teil.

Dabei bietet die Schweiz mit vier Landessprachen auch für die fremdsprachliche Weiterentwicklung vielfältige Möglichkeiten. Zusammen mit den jeweiligen Nachbarländern Frankreich, Polen, Tschechien und den Niederlanden finanziert das Bundesministerium für Bildung und Forschung bilaterale Jugendaustausch-Organisationen. Ein Deutsch-Schweizerisches Jugendwerk sollte sich zur Aufgabe machen, mehr jungen Menschen eine Auslandserfahrung zu ermöglichen und einen gegenseitigen Schüler- und Jugendaustausch mit der Schweiz zu fördern.

Seit 2014 ist die Schweiz nicht mehr Programmland in Erasmus+, sondern nur noch Partnerland. Damit kann der Studierenden- und Auszubildendenaustausch aus und in die Schweiz aktuell nicht aus EU-Geldern finanziert werden, sondern erfordert Mobilitätsverträge zwischen einzelnen Hochschulen. Dies bedeutet einen erhöhten bürokratischen Aufwand für alle Beteiligten.

Das Potenzial für einen deutlich ausgebauten Bildungsaustausch zwischen Deutschland und der Schweiz ist vor allem im Bereich der dualen Berufsausbildung enorm. Das in beiden Ländern etablierte System der betrieblichen Ausbildung erleichtert die Vermittlung passender Partnerbetriebe erheblich. Die Zusammenarbeit in der medizinischen und pflegerischen Ausbildung gilt es zu stärken.

Auch in der Hochschulbildung ist die Nachfrage hoch. Schon jetzt machen deutsche Studierende den größten Anteil ausländischer Studierender an Schweizer Hochschulen aus. Im derzeit noch zu verhandelnden Nachfolgeprogramm von Erasmus+ sollte angestrebt werden, die Schweiz wieder als vollwertiges Programmland aufzunehmen.

Als Forschungsstandort hat die Schweiz eine herausgehobene Bedeutung für den europäischen Kontinent. Sie ist an zahlreichen internationalen Forschungsorganisationen wie dem CERN in Genf beteiligt. Der europäische Forschungsraum ermöglicht deutschen Forschungseinrichtungen einen direkten Zugang zu Kooperationspartnern in der Schweiz. Im EU-Forschungsrahmenprogramm „Horizon 2020“ ist die Schweiz seit 2017 wieder voll assoziiert und hat somit einen gleichberechtigten Zugang zu allen Teilen des Programms. An bereits etwa 1 600 Forschungsprojekten in „Horizon 2020“ sind sowohl deutsche als auch Schweizer Partner beteiligt. Diese enge und erfolgreiche Kooperation sollte auch im 9. Forschungsrahmenprogramm der Europäischen Union „Horizon Europe“ ausgebaut werden.

Die Fraktion der FDP fordert,

- mit dem Schweizer Bundesrat Gespräche zur Schaffung eines Deutsch-Schweizerischen Jugendwerks zur Intensivierung des binationalen Jugendaustauschs aufzunehmen,
- sich auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass die Schweiz wieder als Programmland in das Nachfolgeprogramm von Erasmus+ aufgenommen werden kann und als voll assoziiertes Land auch am 9. Forschungsrahmenprogramm „Horizon Europe“ beteiligt bleiben kann.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat den Antrag auf Drucksache 19/23104 in seiner 85. Sitzung am 3. März 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen der AfD und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag auf Drucksache 19/23104 in seiner 86. Sitzung am 12. März 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen der AfD und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat die Vorlage auf Drucksache 19/23104 in seiner 63. Sitzung am 3. März 2021 beraten und empfiehlt die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen der AfD und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Die **Fraktion der FDP** weist darauf hin, dass die Schweiz für die Bundesrepublik Deutschland ein ideales Partnerland für einen engen, aber auch noch verstärkungswürdigen Austausch in der Bildungs- und Forschungspolitik sei. Beide Staaten zeichneten sich durch das weltweit nahezu einzigartige System der dualen Berufsausbildung aus. Hinzu kämen die geografischen Nähe, Gemeinsamkeiten hinsichtlich kultureller Art und sprachlicher Natur sowie wirtschaftlich enge Verflechtungen. Des Weiteren bestehe seit vielen Jahrzehnten eine gut funktionierende Kooperation in der Forschung, da die Schweiz eine exzellente Hochschul- und Forschungslandschaft habe. Der bisherige Bildungs- und Forschungsaustausch funktioniere zwar zu großen Teilen, aber er bleibe auch hinter seinen Möglichkeiten zurück. Insbesondere im Bereich des Schüler- und Studierendenaustausches gebe es noch Verbesserungspotenzial.

Die Ziele des Antrags seien deshalb, ein Deutsch-Schweizer Jugendwerk für den Jugendaustausch zu etablieren, die Schweiz wieder als vollwertiges Programmland von Erasmus+ aufzunehmen und die Schweiz als voll assoziiertes Land am 9. Forschungsrahmenprogramm „Horizon Europe“ weiter zu beteiligen. Mit der Etablierung eines Jugendwerks erhoffe man sich, dass man mehr jungen Menschen eine Auslandserfahrung ermöglichen und mehr Geschwindigkeit in die Austauschthematik hineinbringen zu könne. Entsprechende Jugendwerke fördere das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) bereits mit anderen Partnerstaaten wie zum Beispiel Frankreich, Polen, Niederlande und Tschechien. Der Antrag lebe natürlich auch davon, dass sich die Schweiz hier auf Deutschland zu bewege und selbst Interesse an der Zusammenarbeit zeige.

Die **Fraktion der CDU/CSU** erklärt, dass sie sich bereits im letzten Jahr für die Aufstockung des Erasmus+ Programms eingesetzt habe. Eine Rückkehr der Schweiz in das Erasmus+ Programm halte man für sinnvoll, da sie mit ihren exzellenten Hochschulen und Forschungseinrichtungen ein wissenschaftliches Kraftzentrum in Europa darstelle. Die Rückkehr sei allerdings maßgeblich davon abhängig, ob die Schweiz selbst ein Interesse daran habe, wieder in das Programm aufgenommen zu werden. Schließlich habe sie längst ein eigenes Förderprogramm gegründet, welches von der Schweizer Regierung finanziert werde. Dies sei ein ausschlaggebender Umstand in dieser Debatte. Da die Schweiz kein Mitgliedstaat der EU sei, müssten zudem die durch das im Jahre 2014 durchgeführte Referendum entstandenen Einschränkungen der Personenfreizügigkeit berücksichtigt werden. Weiterhin sei die finanzielle Beteiligung der Schweiz an den Programmkosten von entscheidender Bedeutung. Hier müsse man dann möglicherweise mit der Schweiz in Verhandlungen treten.

Die zweite Forderung zur Schaffung eines deutsch-schweizerischen Jugendwerks sei noch nicht vollständig ausgereift. Des Weiteren gibt die CDU/CSU-Fraktion zu bedenken, ob hier überhaupt eine Nachfrage bestehe. Bislang hätten nur wenige Schüler und Schülerinnen über die bereits existierenden Möglichkeiten an einem Austausch teilgenommen. Es müsse geklärt werden, ob auch seitens der Träger der internationalen Jugendarbeit daran ein Interesse bestehe.

Die Vollasoziiierung der Schweiz in das 9. Forschungsrahmenprogramm „Horizon Europe“ unterstütze man. Allerdings müsse auch hier seitens der Schweiz ein Interesse bestehen, mit der Europäischen Union Verhandlungen zu führen. Man sei zuversichtlich, dass die Bundesregierung dann auch die Vollasoziiierung befürworte. Die CDU/CSU-Fraktion gibt in diesem Zusammenhang zu bedenken, dass diese Forderung zurzeit nicht realisierbar sei. Aus diesem Grund lehne man den Antrag ab.

Die **Fraktion der AfD** wirft ein, dass der Antrag zwar inhaltlich in die richtige Richtung gehe, jedoch sprachlich nicht korrekt sei. Die Verwendung des Ausdrucks „Studierende“ sei sprachlich nicht erforderlich. Richtig sei es, die Wörter Student und Studentin zu gebrauchen. Das Wort Student gebe es seit dem Mittelhochdeutschen und sei eine Ableitung aus dem lateinischen Verb studens „streben nach“ oder „sich interessierend für“ mit dem Plural studentes.

In der Tat sei es wichtig, dass der deutsch-schweizerische Bildungs- und Forschungsaustausch gestärkt werde. Der Antrag der FDP-Fraktion gehe in die richtige Richtung, sei jedoch noch nicht vollständig ausgearbeitet. Es gehe aus dem Antrag nicht hervor, wie die Rückkehr der Schweiz in die Programme aussehen solle und wie sich die EU dazu verhalten solle.

Man unterstütze das Vorhaben, die Schüleraustauschprogramme zu stärken. Ein solcher Austausch fördere die sprachliche und kulturelle Bildung der Schüler und Schülerinnen. Der Horizont der Schüler werde so erweitert. Die rückläufigen Teilnehmerzahlen, insbesondere bei den Jugendaustauschprogrammen mit Frankreich, stellten kein Hindernis für eine Zusammenarbeit mit der Schweiz dar. Die Gründung eines deutsch-schweizerischen Jugendwerks halte man für eine gewinnbringende Idee.

Die Fraktion der AfD sehe ebenfalls die Notwendigkeit, die Schweiz wieder als Programmland von Erasmus+ aufzunehmen. Allerdings sei der Antrag in dieser Hinsicht nicht konkret genug. Die AfD-Fraktion habe in der Vergangenheit selbst einen Antrag bezüglich der Mittelerrhöhung für das Erasmus+ Programm gestellt. Diese Mittelerrhöhung habe bereits stattgefunden, obwohl Großbritannien und die Schweiz als Programmländer ausgeschieden seien. Hier hätte man in Erwägung ziehen können, die Mittelerrhöhung als Druckmittel gegen die EU einzusetzen, um eine mögliche Rückkehr der Schweiz zu beschleunigen. Man stimme dem Antrag zu.

Die **Fraktion der SPD** begrüßt die Absicht der FDP-Fraktion, die internationale Zusammenarbeit im Bereich Bildung und Forschung zu stärken. Die mit dem Antrag verfolgten Ziele seien interessant. Allerdings habe man noch einige Bedenken. Der Antrag sei inhaltlich zu oberflächlich und richte sich an den falschen Adressaten. Der Erfolg der Vorschläge hänge weniger vom Verhandlungserfolg der Bundesregierung ab als vielmehr von den Verhandlungen der EU und der Schweiz. Hier sei die Schweiz in der Bringschuld, da die Beteiligung an Erasmus+ und dem „Horizon“-Programm maßgeblich vom Kooperationswillen der Schweiz abhängen. Dies sehe man jedoch skeptisch, da Erasmus Freizügigkeit voraussetze. Diese Freizügigkeit sei jedoch mit dem Referendum aus dem Jahr 2014 seitens der Schweiz erheblich eingeschränkt worden. Weiterhin komme die Weigerung seitens der Schweiz hinzu, das institutionelle Rahmenabkommen abzuschließen. Die SPD-Fraktion könne nachvollziehen, dass die EU einen ganzheitlichen Ansatz verfolge. Man hoffe, dass in der Zukunft eine Einigung auf der außenpolitischen Ebene stattfinde. Man lehne den Antrag ab.

Die **Fraktion DIE LINKE**, unterstreicht ebenfalls die hohe Bedeutung des internationalen Austausches. Es sei wünschenswert, in diesem Bereich mit der Schweiz zusammen zu arbeiten, um den europäischen Bildungsraum zu erhalten. In Zürich gebe es beispielsweise ein interessantes Pilotprojekt, bei dem Algorithmen entwickelt würden, um soziale Zusammensetzungen in den Klassen vielfältiger zu gestalten. Das Projekt solle künftig auf Basel, Genf und Lausanne ausgeweitet werden. Soziale Herkunft und Bildungserfolg hingen in der Schweiz eng zusammen. Allerdings solle in der Zusammenarbeit der Fokus gerade nicht nur auf die Elitenförderung gelegt werden.

In dieser Debatte müsse man jedoch die Studierenden und Auszubildenden in den Blick nehmen, die sich ohne öffentliche Unterstützung einen solchen Austausch nicht leisten könnten. Auch dieser Gruppe solle es ermöglicht werden, die Austauschprogramme wahrnehmen zu können. Man müsse berücksichtigen, dass die Schweiz eines der reichsten Länder mit hohen Lebenshaltungskosten sei. Aus diesem Grund erachte es die Fraktion DIE LINKE, als essenziell, dass die Schweiz sich finanziell an diesem Vorhaben beteilige. Man lehne den Antrag ab.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** hält eine Vollasoziiierung mit der Schweiz am 9. Forschungsrahmenprogramm „Horizon Europe“ sowie dem Erasmus+ Programm im Ansatz für wichtig. Die Schweiz sei zweifelsohne ein exzellenter Wissenschafts- und Bildungsstandort, von dem man innerhalb eines gemeinsamen EU-Programms auch profitieren könne. Allerdings spiele die finanzielle Beteiligung eine entscheidende Rolle. Hierzu benenne die FDP-Fraktion in dem Antrag jedoch keine konkreten Schritte oder Beteiligungsmöglichkeiten für die Umsetzung einer Vollasoziiierung. Bei einer solchen Assoziierung müsse darauf geachtet werden, dass es einen Ausgleichsmechanismus gebe.

Der Zeitpunkt des Antrages sei verwunderlich, da es aus Sicht der Fraktion BÜNDNIS/90 DIE GRÜNEN sinnvoller gewesen wäre, den Antrag im Jahr 2020 zu stellen, als Deutschland noch die EU-Ratspräsidentschaft innegehabt habe. Der Kommissionsvorschlag für die Zusammenarbeit liege der Schweizer Regierung vor, sodass nun die Schweiz ihr Interesse an einer Zusammenarbeit bekunden müsse. Weiterhin habe die Schweiz die Freizügigkeit im Personenverkehr aus der EU mit dem Referendum aus dem Jahr 2014 eingeschränkt, wodurch die Beziehungen zur EU erheblich beeinträchtigt worden seien.

Das Ziel, einen Jugendaustausch zu etablieren, sei verengt und werde der Bedeutung des internationalen Jugendaustauschs insgesamt nicht gerecht. Dieser werde bereits im Ausschuss für Familie, Frauen, Senioren und Jugend intensiv diskutiert. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verweist in diesem Zusammenhang auf den eigenen Antrag aus dem Sommer 2020 „Grenzenloser Zusammenhalt, internationaler Jugendaustausch krisenfest aufstellen“, aus dem das Anliegen hervorgehe, dass das „Horizon Europe“ Programm und Erasmus+ auf alle Länder ausgeweitet werden sollten, die sich entsprechend finanziell beteiligen würden.

Berlin, den 3. März 2021

**Katrin Staffler**  
Berichterstatlerin

**Dr. Karamba Diaby**  
Berichterstatter

**Norbert Kleinwächter**  
Berichterstatter

**Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar)**  
Berichterstatter

**Dr. Birke Bull-Bischoff**  
Berichterstatlerin

**Kai Gehring**  
Berichterstatter



